

Beschluss des Landrats vom 25.01.2024

Nr. 393

22. Homeschooling: Lehrmittel 2023/540; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Andrea Heger (EVP) sagt vorab, dass die Postulantin – alt Landrätin Laura Grazioli – im Vorstoss Homeschooling und nicht Privatschulen nenne. Laura Grazioli hatte jedoch angedacht, noch einen inhaltlich etwas breiter ausgelegten Vorstoss einzureichen, was dann aber aus den bekannten Gründen nicht mehr möglich war. Der Regierungsrat wirft in seiner Stellungnahme Homeschooling und Privatschulen in einen Topf und sagt, dass Homeschooling eine Unterart von Privatschulen sein könne – dies geht aus Sicht von Andrea Heger so in Ordnung. Die Grüne/EVP-Fraktion ist hinsichtlich des Vorstosses geteilter Meinung.

Eine Mehrheit folgt der Argumentation des Regierungsrats und sieht auch den Punkt, dass der Austausch in einer grösseren Gruppe gut für das Wohl des Kindes ist und Homeschooling deshalb nicht ideal ist. Eltern, die sich für Homeschooling entscheiden, kennen zudem die Konsequenzen. Für die Fraktionsminderheit, der auch Andrea Heger angehört, ausschlaggebend ist die Tatsache, dass es im Kanton obligatorischer Lehrmittel gibt, die für die Primar- und Privatschulen bindend sind. Entsprechend übernimmt der Kanton den Beitrag für die obligatorisch erklärten Lehrmittel für die Primarschulen, der Rest muss von den Gemeinden bezahlt werden. Es wäre logisch, dass der Kanton die Kosten für diese Lehrmittel auch fürs Homeschooling übernehmen würde, da er sie ja vorschreibt. Die im Vorstoss genannten Kosten fallen zudem möglicherweise tiefer aus, denn es müsste angeschaut werden, wofür die Gemeinden zuständig sind und wofür der Kanton.

Es ist auch unklar, ob es mehr Kinder betreffen würde, wenn die Regelung anders wäre.

Fazit: Dem Regierungsrat sei für die Stellungnahme gedankt. Ein Teil der Fraktion wird einer Überweisung zustimmen, eine Mehrheit lehnt den Vorstoss ab.

Anita Biedert (SVP) hält fest, die SVP-Fraktion lehne das Postulat grossmehrheitlich ab und folge der Stellungnahme des Regierungsrats. Die Volksschule ist gut und die Erziehungsberechtigten wählen eine private Beschulung freiwillig, weshalb sie auch die Kosten selber tragen sollen.

Anita Biedert persönlich ist für eine Überweisung. Es stimmt zwar, dass Homeschooling freiwillig gewählt wird, aber die obligatorischen Lehrmittel müssen übernommen werden. In Anbetracht der Anzahl Kinder im Homeschooling – auf das Schuljahr 2023/24 gab es 17 Anfragen – würden die Kosten für den Kanton auch nicht allzu hoch ausfallen. Anita Biedert findet, die Erziehungsberechtigten sollten diese Freiheit haben. Sie kennen ihre Kinder und können am besten einschätzen, wie viel sozialer Umgang die Kinder brauchen und was für sie am besten ist. Ferner besteht die Möglichkeit, bis zu acht Kinder im Homeschooling gemeinsam zu unterrichten. Eltern können auch zum Schluss kommen, dass ihr Kind in den integrativen Schulen zu kurz kommt und in seiner Entfaltung blockiert wird. Für den Kanton wäre die Übernahme der Lehrmittelkosten für ein Kind im Homeschooling zudem günstiger, als wenn dieses Kind in der Volksschule integrative Förderung erhalten würde. Die Infrastrukturkosten tragen die Eltern immer noch selber.

Die Volksschulen sind hervorragend. Der Kanton könnte kulant sein und die Eltern, die Homeschooling machen möchten, unterstützen.

Die SP-Fraktion lehne das Postulat mehrheitlich ab, so **Ernst Schürch** (SP). Einige wenige unterstützen das Postulat mit der Einschränkung, dass der Kanton nur die Kosten für Lehrmittel übernimmt, die auf der Lehrmittelliste des Kantons stehen.

Marc Scherrer (Die Mitte) führt aus, auch in der Mitte-Fraktion sei das Thema kontrovers diskutiert worden. Es wurde versucht, nicht eine generelle Diskussion über Homeschooling zu führen, sondern nur darüber, ob Lehrmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. Eine knappe Mehrheit hat sich für eine Überweisung ausgesprochen. Weshalb? Damit kann zumindest sichergestellt werden, dass die richtigen Lehrmittel verwendet werden, was für die Qualität förderlich ist. Ein anderes Argument wurde bislang noch nicht genannt: Die Familien zahlen Steuern, ergo haben sie Anrecht auf die Volksschule, gegen die sie sich aber bewusst entscheiden. Es spricht eigentlich nichts dagegen, die Lehrmittel dennoch zu finanzieren. Eine Überweisung ermöglicht eine fachliche Diskussion. Anschliessend kann man immer noch für oder gegen eine Kostenübernahme sein.

Heinz Lurf (FDP) sagt, die FDP-Fraktion folge dem Regierungsrat und sehe keinen wirklichen Handlungsbedarf. Die Schulform Homeschooling wird freiwillig gewählt. Alle anfallenden Kosten sind von den Erziehungsberechtigten zu tragen. Weder die Gemeinden noch der Kanton beteiligen sich an der Finanzierung dieser Art von Beschulung. Dies ist seit Jahren die gängige Praxis. Die FDP-Fraktion sieht keinen Grund, weshalb von dieser Praxis abgewichen werden sollte. Dies nicht zuletzt auch im Sinne der Verhältnismässigkeit. Im letzten Jahr wurden lediglich 17 Gesuche für Homeschooling bewilligt.

Linard Candreia (SP) wird eine Überweisung unterstützen und fühlt sich durch die Diskussionen im Nachbarkanton Jura bekräftigt. Im Jura gibt es derzeit stark steigende Zahlen beim Homeschooling – weshalb auch immer. Dort geht die Diskussion in die Richtung, dass gesagt wird, Homeschooling dürfe nicht zu attraktiv gemacht werden und müsse an die Erreichung der Lernziele geknüpft werden. Dafür sollen die Kontrollmechanismen verstärkt werden. Linard Candreia interessiert, ob die Zahlen im Kanton Basel-Landschaft stabil sind oder ob die Kurve steil nach oben geht. Bei den gängigen, obligatorischen Lehrmitteln ist er klar dafür, dass diese kostenlos abgegeben werden. Die Kinder haben aus seiner Sicht ein Recht, diese Bücher zu erhalten. Linard Candreia meint, dass selbst die Auslandschweizer Schulen die Lehrmittel vom jeweiligen Patronatskanton erhalten, wobei es sich bei den Schweizer Schulen im Ausland aber um Bundesschulen handelt. Der Kanton sollte bei den obligatorischen Lehrmitteln nicht kleinlich sein.

Sabine Bucher (GLP) sagt, die GLP-Fraktion werde sich der Haltung des Regierungsrats anschliessen. Noch eine Anmerkung: Es gibt Familien, die ihre Kinder im Homeschooling unterrichten, die über genügend finanzielle Mittel verfügen und den Kantonsbeitrag an die Lehrmittel entsprechend nicht unbedingt nötig haben. Eine Kostenübernahme wäre – wie die 13. AHV-Rente – etwas Giesskannenprinzip.

Caroline Mall (SVP) ist froh über den Vorstoss von Laura Grazioli. Die Begründung des Regierungsrats sei überhaupt nicht schlüssig. Es ist nicht schlüssig, dass die Beschulungsform Homeschooling abwertend behandelt wird. In der Schweiz gibt es zum Glück die Freiheit, frei zu denken und frei zu wählen, auch hinsichtlich der Schulen. Die gesetzlichen Grundlagen bestehen. Aber immer wenn es darum geht, eine Alternative zur Volksschule in irgendeiner Form zugänglicher zu machen, besteht partout keine Bereitschaft, die Türen auch nur einen Spalt zu öffnen. Caroline Mall steht hinter der sehr guten Volksschule, aber nichtsdestotrotz gibt es Menschen, die etwas Anderes favorisieren. In Anbetracht der wachsenden Heterogenität bei den Kindern, müssten ei-

gentlich alle miteinander arbeiten: die Volksschulen, die Privatschulen, das Homeschooling etc. Es ist an der Zeit, die Thematik etwas offener anzugehen, ohne die Volksschule schlechtreden zu wollen. Das einzige Anliegen des Postulats ist es, Lösungen zu finden. In der Stellungnahme des Regierungsrats steht aber nur, man wolle nicht von Bestehendem abweichen. Eine Begründung gibt es nicht. Und das Beste ist, dass der Regierungsrat schreibt, es sei mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden. Wo ist denn bei dieser kleinen Anzahl Homeschooling das finanzielle Risiko?

Caroline Mall bittet um Unterstützung des Vorstosses.

Andrea Heger (EVP) meldet sich nun als Einzelsprecherin und wird im Folgenden einen kurzen Rückblick auf die Haltung der Fraktion zu diesem Thema in den vergangenen Jahren geben. Sie wird auch an einige der vorhergehenden Voten anknüpfen und diese ergänzen. Caroline Mall hat sich im Vergleich zu ihren anderen, sehr kreativen Vorstössen sehr zurückhaltend geäußert. Und zum Argument von Marc Scherrer betreffend Steuern: Bei der Abstimmung, als es um die Beiträge an die Privatschulen ging, wurde klar Nein gesagt, da man die Volksschule stärken wollte. Hier geht es nun aber nur um einen kleinen Teil, nämlich die Lehrmittel. Andrea Heger kann sich Linard Candreia anschliessen, dass es auch eine Frage der Gerechtigkeit ist. Der Kanton erklärt gewisse Lehrmittel für obligatorisch, mit denen dann alle arbeiten müssen. Diese Lehrmittel sollte der Kanton auch kostenlos zur Verfügung stellen. Die Kosten dafür werden nicht so hoch sein. Der Kanton war bezüglich privater Beschulung schon liberaler. Dies unter anderem mit dem Argument, dass der Besuch der Volksschule den Kanton viel mehr kosten würde. Dann musste gespart werden und die Beiträge, welche die Eltern für die private Beschulung erhalten, wurden zurückgestuft. Nun erhalten nur noch diejenigen Beiträge, die quasi in prekären finanziellen Verhältnissen leben. Diese können ein Gesuch stellen und erhalten unter Umständen einen Teil bezahlt. Die Reduktion der Kantonsbeiträge ist mit ein Grund, weshalb die Zahl so tief ist. Viele können es sich schlicht nicht leisten. Andrea Heger steht komplett hinter der Volksschulen, aber gleichzeitig möchte sie eine gewisse Gerechtigkeit. Die Grüne/EVP-Fraktion hatte damals Unterschriften gesammelt, weil die Eltern die Wahl haben und einen Beitrag erhalten sollten, weil sie letztlich auch den Staat etwas entlasten. Es geht nicht darum, dass alles bezahlt wird, aber eine minimale Gerechtigkeit wäre angezeigt. Die Lehrmittel sind zudem ohnehin auf der Bestellliste. Die Eltern könnten sie selber bei der Lehrmittelzentrale oder bei der Primarschule abholen, bei der das Kind angegliedert ist. Zum Thema Gemeinden: In den Gemeinden kann ein Gesuch auf Beiträge gestellt werden. In Hölstein gab es eine solche Diskussion vergangenen Herbst im Gemeinderat und es wurde gesagt, unter gewissen Bedingungen werde ein Minimalbeitrag bezahlt.

Es ist ein Postulat. Es geht darum zu prüfen und zu berichten, auch in Bezug auf die Zahlen. In der Stellungnahme wurden einfach die Angaben von Laura Grazioli hochgerechnet, die selber sagt, es handle sich um Angaben von Eltern. Andrea Heger hätte gerne eine saubere Auslegeordnung mit saubereren Zahlen.

Reto Tschudin (SVP) wiederholt, die SVP-Fraktion unterstütze die Haltung des Regierungsrats und lehne den Vorstoss ab. Die Volksschule muss gestärkt werden. Das finanzielle Risiko ist zudem durchaus gegeben, wenn dann immer mehr Forderungen kommen. Bei den beiden Vorrednerinnen der SVP handelt es sich eher um Einzelmeinungen.

://: Mit 49:25 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
